

Neue Podzter Zeitung

Fedaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Straße Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Unterseite Folien: Eingesetzte Pappe-Masse oder deren Masse 7 Mr., Zustand 10 Mr. Blattformat 122 Mr. (mit Ausfaltung 160 Mr.), müssen sich mit Ausfaltung 40 Mr. Per Post freien Raum der Postverteilzelle. Einzel 40 Mr. pro Postverteilzelle. Der Stückzettel, Sackzettel u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Unterseite werden nach Abschluß mit plakatet, es können aber besondere Maßnahmen nicht hergestellt werden, daher auch keine dahingehenden Anklamationen.

Ankündigung durch alle Annoncen-Büros.

Nr. 53.

Mittwoch, den 23. Februar 1921.

20. Jahrgang.

Einigkeit?

Lodz, d. 22. Februar.

Zeit des Protestes und der Ausklärungen durchzogen wir. Der Protest gegen jene Artikel der polnischen Reichsverfassung, in denen der evangelischen Kirche eine zweite Stellung eingeräumt wird, durch die der Bürger evangelischen Glaubens, bestimmt als eine Art minderwertiges Geschöpf betrachtet wird, hat einen einmütigen Protest aller Evangelischen im Lande hervorgerufen. Ohne Unterschied der Nationalität protestieren die evangelischen Deutschen, Polen, Tschechen, Letten, Esten und wer auch immer noch evangelischen Glaubens sein möchte. Daher boten die Protestkundgebungen ein schönes Bild der Einmütigkeit. Es fand sich niemand und konnte sich wohl auch niemand finden, der gegen den Beschluss eines Protestes gesprochen hätte, so klar und so unanfechtbar liegt die Tatsache einer Vergewaltigung der evangelischen Kirche und ihrer Anhänger da.

Anderer die aufklärende Versammlung, in der Generalsuperintendent Pastor Bursche gleichsam auf der Anklagebank saß. Die Anklagen gegen ihn waren so viele ins Volk hineingetragen worden und unanständig wurden sie wiederholt und genahmt, daß eine große Antibusch'sche Partei gebildet hat. Es ist das menschlich so sehr erklärlich. Es steht die Welt das Strahlende zu schwärzen." Herr Bursche ist, ungeachtet gegenüberliegender Behauptung des Herrn Sejmabgeordneten - Stellvertreter Freile, daß er in der evangelischen Kirche in Polen, als solches steht er sehr hoch. Er ist in den Augen gewöhnlicher Sterblicher etwas Großes. Es ist durchaus menschlich eine gewisse Lust, den Großen etwas zum Zeuge zu rufen."

Das wurde denn auch in der informierenden Versammlung reichlich getan. Ganz zum Schlus, als Herr Bursche, der fraglos ein gottgedecktes talentvoller Redner ist, bereits in Stundenlangen Reden seinen Standpunkt präzisiert und auf die verschiedensten Fragen in erschöpfer Weise geantwortet hatte, kam von Herrn Freile mit schriftlich niedergelegten Thesen, die ganze Seiten füllten und deren Beantwortung wieder Stundenlangen Auseinandersetzungen, zum Teil Wiederholungen des schon einmal Gesagten enthielten. Zu so vorgerückter Stunde begrüßte sich Herr Bursche mit einer ganz kurzen Antwort, ohne auf Alles einzugehen.

Was hat uns aber eigentlich der Herr Generalsuperintendent gesagt? Das Wichtigste, was er sagte, war, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Sejmabgeordneten es nicht möglich mache, alles das für die evangelische Kirche zu erreichen, was man gern erreichen wollte. Die evangelische Kirche könnte sich keine Vorfälle vor dem katholischen verlängern, das wäre man ihr hierzulande nie erlauben. Da der Staat seine Hand auch auf die katholische Kirche legt, kann es nicht anders mit der evangelischen sein. Das sei in dem sogenannten Radetschen Gesetz berücksichtigt worden. Herr Generalsuperintendent gibt zu, Direktiven zu dem Radetschen Gesetzesprojekt gegeben zu haben, erklärt aber, daß die detaillierte Ausarbeitung ohne seinen Einfluß nicht möglich sei. Dass einzelne Punkte verbessert werden könnten, stellt Redner nicht in Abrede. Wollte man aber ein Kirchengesetz ausarbeiten, das dem Staat jedes Aussichtsrecht und jede Bestimmung nehme, so wird es niemals die Sanktion der geschiedenen Versammlung erlangen. Für diesen Fall sei schon katholischerseits ein Projekt fertiggestellt, das die evangelische Kirche registrierten Sport- und Gesellschafts-Vereinen gleichstellt. Ein solcher Zustand wäre natürlich sehr schlimm und würde die jederzeit mögliche Schließung ganzer Gemeinden bedeuten, wie das bei Vereinen möglich ist. Redner erläutert, es sei und weroe sein Ziel Frieden sein, Neutralität zu treiben, d. h. dasjenige zu erreichen, was jeweils möglich ist.

Das sei auch in der Frage der Theologischen Fakultät in Warschau so gewesen. Die katholischen Priester müssen durch den Besuch eines Priesterseminars im Jura vorgebildet werden. Daselbe verlängerte man von den evangelischen Theologen. Sie müssen zwei Jahre in Warschau studieren, und zwar in polnischer Sprache. Durch Schaffung von deutschen Übungen mit den Professoren sollte man vorläufig dem Mangel der deutschen Unterrichtssprache in den Vorlesungen einigermaßen abheben, bis möglichen Falles an der Posener Universität eine deutsche theologische Fakultät eröffnet werden kann. Gleich jetzt auf die deutschen Vorlesungen in Warschau, für die evangelischen Theologen zu dringen, wäre nach Ansicht des Generalsuperintendenten verfehlt, da die jungen Studierenden so vielen Unannehmlichkeiten begegnen würden, daß ihnen das Studium verlernt werden würde.

Der Generalsuperintendent kritisiert dann die Tätigkeit der deutschen Abgeordneten im Sejm. Sozusagen sei einer von ihnen rednerisch aufgetreten. Über der Verlehung einiger kurzer Deklarationen habe man im Sejm nichts von den deutschen Abgeordneten gehört. Es sei sogar so weit gekommen, daß einer der Abgeordneten aus Pommern aus Aversion an der polnischen Sprache in namenlicher Abstimmung entgegen seiner Meinung gestimmt habe. So wogten nach Ansicht des Redners Verzweiflung in

Die Friedensverhandlungen in Riga.

Riga, 20. Februar. (Polpr.) In diplomatischen Kreisen Riga wird konstatiert, daß seit dem Eintritt der Nationalität protestieren die evangelischen Kirche eine zweite Stellung eingeräumt wird, durch die der Bürger evangelischen Glaubens, bestimmt als eine Art minderwertiges Geschöpf betrachtet wird, hat einen einmütigen Protest aller Evangelischen im Lande hervorgerufen. Ohne Unterschied der Nationalität protestieren die evangelischen Deutschen, Polen, Tschechen, Letten, Esten und wer auch immer noch evangelischen Glaubens sein möchte. Daher boten die Protestkundgebungen ein schönes Bild der Einmütigkeit. Es fand sich niemand und konnte sich wohl auch niemand finden, der gegen den Beschluss eines Protestes gesprochen hätte, so klar und so unanfechtbar liegt die Tatsache einer Vergewaltigung der evangelischen Kirche und ihrer Anhänger da.

Anders die aufklärende Versammlung, in der Generalsuperintendent Pastor Bursche gleichsam auf der Anklagebank saß. Die Anklagen gegen ihn waren so viele ins Volk hineingetragen worden und unanständig wurden sie wiederholt und genahmt, daß eine große Antibusch'sche Partei gebildet hat. Es ist das menschlich so sehr erklärlich. Es steht die Welt das Strahlende zu schwärzen." Herr Bursche ist, ungeachtet gegenüberliegender Behauptung des Herrn Sejmabgeordneten - Stellvertreter Freile, daß er in der evangelischen Kirche in Polen, als solches steht er sehr hoch. Er ist in den Augen gewöhnlicher Sterblicher etwas Großes. Es ist durchaus menschlich eine gewisse Lust, den Großen etwas zum Zeuge zu rufen."

Das wurde denn auch in der informierenden Versammlung reichlich getan. Ganz zum Schlus, als Herr Bursche, der fraglos ein gottgedecktes talentvoller Redner ist, bereits in Stundenlangen Reden seinen Standpunkt präzisiert und auf die verschiedensten Fragen in erschöpfer Weise geantwortet hatte, kam von Herrn Freile mit schriftlich niedergelegten Thesen, die ganze Seiten füllten und deren Beantwortung wieder Stundenlangen Auseinandersetzungen, zum Teil Wiederholungen des schon einmal Gesagten enthielten. Zu so vorgerückter Stunde begrüßte sich Herr Bursche mit einer ganz kurzen Antwort, ohne auf Alles einzugehen.

Was hat uns aber eigentlich der Herr Generalsuperintendent gesagt? Das Wichtigste, was er sagte, war, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Sejmabgeordneten es nicht möglich mache, alles das für die evangelische Kirche zu erreichen, was man gern erreichen wollte. Die evangelische Kirche könnte sich keine Vorfälle vor dem katholischen verlängern, das wäre man ihr hierzulande nie erlauben. Da der Staat seine Hand auch auf die katholische Kirche legt, kann es nicht anders mit der evangelischen sein. Das sei in dem sogenannten Radetschen Gesetz berücksichtigt worden. Herr Generalsuperintendent gibt zu, Direktiven zu dem Radetschen Gesetzesprojekt gegeben zu haben, erklärt aber, daß die detaillierte Ausarbeitung ohne seinen Einfluß nicht möglich sei. Dass einzelne Punkte verbessert werden könnten, stellt Redner nicht in Abrede. Wollte man aber ein Kirchengesetz ausarbeiten, das dem Staat jedes Aussichtsrecht und jede Bestimmung nehme, so wird es niemals die Sanktion der geschiedenen Versammlung erlangen. Für diesen Fall sei schon katholischerseits ein Projekt fertiggestellt, das die evangelische Kirche registrierten Sport- und Gesellschafts-Vereinen gleichstellt. Ein solcher Zustand wäre natürlich sehr schlimm und würde die jederzeit mögliche Schließung ganzer Gemeinden bedeuten, wie das bei Vereinen möglich ist. Redner erläutert, es sei und weroe sein Ziel Frieden sein, Neutralität zu treiben, d. h. dasjenige zu erreichen, was jeweils möglich ist.

Das sei auch in der Frage der Theologischen Fakultät in Warschau so gewesen. Die katholischen Priester müssen durch den Besuch eines Priesterseminars im Jura vorgebildet werden. Daselbe verlängerte man von den evangelischen Theologen. Sie müssen zwei Jahre in Warschau studieren, und zwar in polnischer Sprache. Durch Schaffung von deutschen Übungen mit den Professoren sollte man vorläufig dem Mangel der deutschen Unterrichtssprache in den Vorlesungen einigermaßen abheben, bis möglichen Falles an der Posener Universität eine deutsche theologische Fakultät eröffnet werden kann. Gleich jetzt auf die deutschen Vorlesungen in Warschau, für die evangelischen Theologen zu dringen, wäre nach Ansicht des Generalsuperintendenten verfehlt, da die jungen Studierenden so vielen Unannehmlichkeiten begegnen würden, daß ihnen das Studium verlernt werden würde.

Der Generalsuperintendent kritisiert dann die Tätigkeit der deutschen Abgeordneten im Sejm. Sozusagen sei einer von ihnen rednerisch aufgetreten. Über der Verlehung einiger kurzer Deklarationen habe man im Sejm nichts von den deutschen Abgeordneten gehört. Es sei sogar so weit gekommen, daß einer der Abgeordneten aus Pommern aus Aversion an der polnischen Sprache in namenlicher Abstimmung entgegen seiner Meinung gestimmt habe. So wogten nach Ansicht des Redners Verzweiflung in

Verständigung zwischen dem Minister Steczkowski und dem Binnenminister Ogólski sowie Krassin und Tjoze, einen entscheidenden Einfluss auf den weiteren Verlauf der Friedensverhandlungen haben werde, und daß eine baldige Unterzeichnung der Friedensabkommen fest steht.

Riga, 20. Februar. (Polpr.) Der Sekretär der polnischen Friedensdelegation Herr Lados erklärt, daß die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen in Sachen des polnisch-französischen Abkommens und in Sachen des polnisch-rumänischen Militärbündnisses einen sehr großen und günstigen Einfluss auf den Verlauf der Friedensverhandlungen ausgeübt haben. Sollten diese Abmachungen noch vor Unterzeichnung des Friedensabkommens endgültig zu Hande kommen, so werden sie unbedingt die Unterzeichnung beschleunigen.

Der Gefangenenaustausch.

Riga, 20. Februar. (Polpr.) In der gestrigen Konferenz der Vorsitzenden beider Delegationen unter Beteiligung des Min. Steczkowskis erhält der letztere die Zusicherung von bolschewistischer Seite, daß der erste Transport der polnischen Gefangenen noch vor dem 1. März aus Russland abgeht.

Die polnisch-rumänischen Verhandlungen dürfen, ich aller beschwichtigenden Gellungen in Warschau und Bukarest, nicht auf die lange Bank gehoben werden. In Wien haben die Entente-Kommisionen einen Beobachterdienst für die russische Front eingerichtet, der immer neue Vorbereitungen der Sowjetarmee zu einer Frühjahrsoffensive meldet. Der Angriff soll gegen Bessarabien und Polen gleichzeitig erfolgen und zwar am Pruth. Die bolschewistische Propaganda soll an der rumänischen Front Erfolge gezeigt haben, so daß die Russen dort am ehesten vorwärts zu kommen hoffen. Sie sollen sich sogar mit Absichten tragen, in Siebenbürgen und Moldau einzubringen — ein sehr hochliegender Plan, zu dem ihre Kraft sicher nicht ausreichen wird. jedenfalls ist die Lage ernst und es wird von französischer Seite der Versuch gemacht, auch die tschechische Armee als Preßbock gegen die Russen zu verwenden.

Der polnisch-französische Vertrag.

Paris, 22. Februar. (Pat.) Der polnisch-französische Vertrag befaßt zu Beginn, daß beide Staaten gleichmäßig darum besorgt sind, durch Einhaltung der gemeinsam unterzeichneten Traktate, wie auch derselben, die in Zukunft noch unterzeichnet werden sollen, Europa die Ruhe sowie die Sicherheit und den Schutz der Gebiete beider Staaten und die gegenseitigen politischen Interessen zu sichern und ihre friedlichen Anstrengungen durch folgende Verträge zu koordinieren:

1) Beide Regierungen verpflichten sich zu einer Verständigung in allen, beide Staaten interessierenden Fragen der auswärtigen Politik, die die Regelung der internationalen Beziehungen im Sinne der Verträge und gemäß den Bestimmungen des Weltkriegsvertrages betreffen.

2) Beide Regierungen werden sich über die gemeinsame Aktion und gegenseitige Hilfe in wirtschaftlicher Hinsicht verstehen. Zu diesem Zweck werden spezielle ergänzende Verträge und eine Handelskonvention geschlossen.

3) Wird einer oder auch beide Staaten angegriffen, dann verstehen sich beide Regierungen miteinander zwecks Verteidigung ihrer Territorien und ihrer berechtigten Interessen.

4) Beide Regierungen sind verpflichtet sich vor dem Abschluß neuer Verträge, die sich auf ihre Politik in Mittel- und Osteuropa beziehen, zu verstehen.

Die Arbeiten an dem Abschluß der besonderen Abmachungen, die aus Punkt 2 entspringen, gehen ihrem Ende entgegen und werden in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

Um Oberösterreich.

Paris, 21. Februar. (Pat.) Havas. Und London wird amtlich beschließen: Auf der Montagssitzung der Londoner Konferenz wurde beschlossen, daß die Abstimmung in Oberösterreich an einem Tage sowohl für die gebürtigen Oberösterreicher wie auch für die Emigranten stattfinden soll. Großbritannien benachrichtigte die Konferenz davon, daß es dringlich ist, 4 Bataillone Truppen nach Oberösterreich zu entsenden.

Paris, 21. Februar. (Polpreß.) Unter dem Einfluß der letzten Konferenzen mit Fürst Sapieha und dem Gelegenheit seines Aufenthalts in London, soll Brand mit König George in Sachen Oberösterreich konferieren. Es handelt sich vornehmlich um eine gerechte Behandlung der Polen durch die Alliiertenkommission und um die Meinungsänderung des englischen Preußen in Sachen der Eigentümlichkeit der oberösterreichischen Kohlegruben unter polnischer Verwaltung.

Bor der Entscheidung in London.

London, 20. Februar. (Polpreß.) Die deutsche Delegation soll am Donnerstag in London eintreffen.

Berlin, 21. Februar. (Polpreß.) Die englischen Blätter berichten, daß die Alliierten eine harde Note an die deutsche Regierung mit dem Verlangen der Zustellung von Gegenvorschlägen gesandt haben. Das Wolfsche Tel. Ber. berichtet, daß die deutsche Regierung solch eine Note nicht erhalten habe.

Die Krise in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 22. Februar. (Pat.) Die innerpolitische Krise hält weiter an. Die sozialdemokratischen Abgeordneten fordern, wie "Gute Slovensko" melde, die Auflösung des Parlaments, da nur durch die Auflösung neue Wahlen der frische Organismus des Parlaments gesunden kann.

Prag, 22. Februar. (Pat.) Die Stelle des Verpflegungsministers Dr. Holovce nach Warschau auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Dr. Holovce begibt sich nach Porto Rose, um an der vorläufigen Konferenz teilzunehmen.

Mitteilung der Regierung.

Warschau, 22. Februar. (Pat.) Das Ministerium des Außenwesens wird in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf in den Sejm einbringen, der die Frage der Einreise und des Aufenthalts von Ausländern in der Republik regelt.

Der Sekretär des Finanzministeriums Josef Klemens ist von seinem Posten zurückgetreten.

Unter dem Vorsitz des Abg. Gladkowsky fand eine gemeinsame Sitzung der Finanzbüros, Industrie- und Handelskommissionen und für öffentliche Gesundheit statt. Gegenstand der Beratungen war der Regierungsgesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes betreffend Einschränkung des Verkaufs alkoholischer Getränke. Nach der Unterbreitung des Regierungsentwurfs fand eine Diskussion über den Entwurf statt, wobei die Redner die Beibehaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 20. April 1920 forderten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Sejm.

212. Sitzung vom 22. Februar.

Der Marschall gibt bekannt, daß der Staatschef den Minister für Ackerbau und Staatsgüter Piotrowski seines Postens enthoben und ihm beauftragt habe, bis zur Ernenntung eines Nachfolgers die Funktionen weiter zu versiehen. Nach einer kurzen Diskussion zwischen dem Abg. Bacilewski und dem Marschall in der Frage der Pässe zur Reise dreier Abgeordneter des P. P. S. Verbandes nach Wien, referierte Abg. Matulewicz über das Gesetz betreffend Änderung einiger zivilrechtlicher Bestimmungen im früheren österreichischen Teilgebiet. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Es wird zu den weiteren Debatten über den Bericht des Ministerpräsidenten gekommen. Abg. Pfe. Males erkennt die guten Absichten der Regierung an, findet aber auch viele Fehler und bespricht ausführlich die Frage von Teschen, Zips und Orawa und führt aus, daß die Zeit kommen werde, wo Polen mit den Tschechen abrechnen und das Teschener Schlesien, sowie Zips und Orawa endgültig erhalten werde. Die Tschechen brachten in den letzten Wochen 12.000 Uнтерoffiziere unter ein Schießstein an den Wehrhofstern, wodurch sie die Wiedervereinigung der Pole zuverlässigen Teile von Zips und Orawa mit Böhmen fordern. Redner weiß daran hin, daß der gleiche Jaworzyński von den 13 polnischen Gemeinden, die Polen zuverlässig werden waren, abgetrennt wurde. In letzter Zeit werde die Delimitationskommission ihre Arbeiten aufnehmen. Die Regierung sollte alles tun, damit der dem Volke zugutegebrachte Schaden gutgemacht würde.

Abg. Grünbaum berührte die jüdische Frage, besprach sie ausführlich und forderte die Anerkennung der jüdischen Nationalität und die Rechte der nationalen Minderheiten. Redner kann nur zu einer Regierung Vertrauen fassen, die ohne Vorbehalt den Bericht erfüllt, der der jüdischen Minderheit im polnischen Staate die Rechte verleiht.

Abg. Pfe. Males äußert seine Zustimmung darüber, daß am Regierungsteuer ein Bauer steigt, er könne jedoch kein Vertrauen zu der Regierung fassen, da er keine Freiheit der Einzelnen darin sieht.

Ministerpräsident Witold: Die Flüchtlinge der Deutschen und Einem griffen den Charakter der Regierung und seine Tätigkeit an. Ich erinnere daran, daß wir weiterhin eine Koalitionsregierung haben, aus der indestens einige Parteien ihre Vertreter zurückzogen, da sie einsehen, daß die politische Zeit vorüber ist. Als das Kabinett seinen Koalitionscharakter eingeholt hatte, sagte ich, ob es das Vertrauen des Hauses bestätige. Die Mehrheit erklärte sich für das Kabinett. Es sind seitdem einige Wochen verstrichen und die Lage hat sich geändert.

Der Krieg mit Griechenland.

Paris, 21. Februar. (Polpreß) Die griechische Mission erhielt ein Radiotelegramm über einen bewaffneten Überfall der armenischen und russischen Abteilungen auf Griechen. Die Kämpfe werden im Balkangebiet geführt.

Niga, 21. Februar. (Polpreß) Der Außenminister der Moskauer Regierung sandte an die griechische diplomatische Mission in Warschau eine Depesche, in welcher er sein Bedauern über die Bergewaltigung der freundschaftlichen Beziehungen ausdrückt und verspricht, von der Moskauer Regierung über den Geschäftsaustausch und die

übel, meine Herren: als ein Geistesalter fühle ich mich eigentlich kaum."

"So weit sind wir auch noch nicht. Aber wir können jetzt mit einiger Sicherheit den Sieg und die Art Ihres Krankheits; sie gehört glücklicherweise nicht zu denen, gegen die unsere Wissenschaft machtlos ist."

"Immerhin ein Trost. Ich könnte Sie ja nun bitten, mir einen kleinen medizinischen Vortrag über meinen Zustand zu halten, aber ich verzichte darauf, denn ich würde nachher wahrscheinlich nicht flügeln als zuvor. Wenn ich gesund werde, ist's gut. Und wenn ich sterbe, kann mir die Ursache meines Abgangs einerlei sein. Etwas anderes aber möchte ich von Ihnen wissen. Eine Vertrauensfrage: Halten Sie mich für geistig normal?"

"Ich füge den erstaunten Blick auf den die beiden Arzte gelauscht hatten, und mit einem ironischen Lächeln fuhr er fort: "Nicht weil ich selbst daran zweifelte. Aber ich denke, sobald ich mich etwas fröhlicher fühle, gewisse Versüppungen zu treiben, die möglicherweise du oder dort Mißfallen erzeugen. Es könnte geschehen, daß man sie nach meinem Ende anzusehen versucht. Und man wird zu dem Ende vielleicht behaupten, daß ich nicht mehr ganz gerechtfertigt gewesen sei. Es wäre mir eine Verzüglichung, zu wissen, daß Sie das Gesetz beladen könnten." "

"Für uns liegt jedenfalls kein Anlaß vor, an Ihrer vollen Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln, Herr Gallner," sagte der Professor. "Auf Gelegenheiten wie Ihr Leiden nicht den geringsten Einfluß."

"Schön. — Machen Sie sich darauf gefaßt, daß eines Tages schriftlich gebeten zu müssen. Auf ein-

die sofortige Einsetzung der Heindisziplinen zu verlangen.

Paris, 21. Februar. (Polpreß) In Pariser sozialistischen Kreise wird die Situation in Nahen Ostien als sehr ernst angesehen.

Konzeptionen.

Ungarn, 20. Februar. (Pat.) Die in Berlin erscheinende russische Zeitung "Golos Rossii" berichtet nach bolschewistischen Blättern, daß Hugo Stinner mit der Moskauer Regierung in Sachen der Eisenbahngesellschaften in Brüssel unterhandelt. Das Projekt Stinner's fand bei der russischen Regierung Aufgang.

Russland und Finnland.

Maran, 21. Februar. (Pat.) Kopp hat erklärt, daß die Meldungen der englischen und amerikanischen Presse über eine Zusammenstellung der diplomatischen Beziehungen Sovjetrußlands mit Finnland und der finnischen Regierung falsch seien. — Zum Gesandten der Sowjet in Helsingfors wurde Berlin ernannt, der auch bereits am 12. d. M. dorthin abgereist ist.

Die Brennstoffnot in Russland.

Urga, 22. Februar. (Pat.) Die Sowjetzeitung "Roussia" berichtet, daß die Brennstoffkrise in Russland die äußerste Grenze erreicht hat. In Moskau sind die Kolonialen eingefroren und die Eisenbahnwerkstätten werden jeden Augenblick die Arbeit einstellen.

Russland und Polen.

Warschau, 21. Februar. (Pat.) Die Presseabteilung des Außenministeriums berichtet: Meldungen folgen, daß das Ministerium des Außenwesens vom 17. Dezember v. J. erhalten hat, wurde der Sekretär der Gesandtschaft der Republik im Kantons, Herr Bonchini, und die ganze Gesandtschaft von den Sonderbediensteten der Spionage beschuldigt. Eine ähnliche Beschuldigung besteht, daß auch auf die Mission des Herrn Zielinski. Mit Rücksicht auf die Konsequenzen, die diese grundlosen und unberechtigten Verdächtigungen nach sich ziehen können, benachrichtigte das Außenministerium hierzu den Präsidenten der polnischen Delegation in Riga, Herrn Fabals, zweckmäßig entsprechender Schritte in dieser Hinsicht.

Weitere Unruhen in Irland.

Dublin, 21. Februar. (Pat.) Meuler. Hier wurde der irändische Abgeordnete Colinet verhaftet. Gestern Abend wurde ein Angriff auf das Polizeigebäude in der Stadt Carlow und auf den Siedlungskomplex ausgetragen. Die Polizei nimmt die Angreifer zurück. Der Chef des Postamtes der Stadt Nasón wurde gestern entführt. Die Polizei stellte Blutspuren und Spuren eines vorhergehenden Kampfes fest.

Eine jugoslawische Fälschung.

Stuttgart, 17. Februar.

Das Ergebnis der Volkszählung, die am 31. Januar in Jugoslawien stattgefunden hat, liegt bisher nur für die Städte Laibach und Marburg vor. Danach weist in diesen beiden Städten die Bevölkerungsanzahl eine Zunahme auf. Während in Laibach sich die Verminderung der Zahl der Deutschen in erklärbaren Grenzen hält, soll Marburg, wo nach der Zählung von 1920 von 28 000 Einwohnern 22 600 Deutsche waren, jetzt 30 000 Einwohner besitzen, von denen angeblich nur 6 500 deutsch-national sind. Der Rest soll sich aus Slowenen und anderen slawischen Volkstämmen zusammensetzen. Es handelt sich zweifellos bei diesem Ergebnis um eine groß angelegte Fälschung, die den Zweck verfolgt, das Auge der Slowenen auf die alte deutsche Stadt Marburg zu bewegen. Trotz der gewaltigen Slowenisierung Marburgs können in den letzten zwei Jahren unmöglich 18 000 Slowenen zugewandert sein. Wenn sich das Ergebnis der Volkszählung bewährt, so ist es teils auf der Slowenischen Seite, teils an der vor der Kubaner

Meuterei an die Südkommunisten ergangene Befehl zurückzuführen. Danach waren diese ermächtigt, die Angabe der deutschen Muttersprache zu streichen, wenn die betreffende Person den Beamten als jugoslawischer Abstammung bekannt war. Das war eine Klaue, die in sehr willkürlicher Weise gehabt wurde.

Chronik u. Lokales.

Bugunten des Hauses der Wahrheit.

Zum ersten Mal tritt das Haus der Wahrheit mit einer Veranstaltung zu eigenem Zweck vor das Forum der Öffentlichkeit. Dieses Haus, das in ehrer und wahrer christlicher Liebe die Bedürftigen aufsucht und ihnen in ihrer großen Not Hilfe leistet. Die Aufgaben, die sich das Haus der Wahrheit gestellt hat und zu erfüllen versteht, sind so groß und vielseitig, wie stellen so bedeutsame Anforderungen, daß die wohltätigen Kreise der Bevölkerung von Zug herangezogen werden müssen, um all die Aufgaben zu erfüllen zu können. Der Kirchengemeinde der St. Joannisgemeinde, der wiederholt sein künstlerisches Werk in den Dienst der Wohlthätigkeit gestellt hat, veranstaltet am nächsten Donnerstag, den 24. Februar um 1/2 Uhr abends im Saale des ersten Zuges der Lungen Freiwilligen Feuerwehr, Konstantinstraße 4, eine große Theatralische Aufführung. Zur Darstellung gelangen durch die Mitglieder des Vereins "Zug im Wind" von Philipp und das große Simapiel. Die Schauspieler sind in Walde von Polak. Die deutsche Gesellschaft unserer Stadt, die nun schon seit längerer Zeit den Geist deutscher Bühnenkunst entdeckt, hat dadurch aber mal Gelegenheit, sich an den Klängen deutschen Gesanges und deutscher Sprache zu erkennen. Es sind umfangreiche Vorlehrungen getroffen, um dem Aberg ein ruhesames Gelassen zu machen, so daß der künstlerische Erfolg gesichert ist. Im Interesse eines schönen materiellen Erfolges machen wir alle unsere Kräfte in empfehlendem Sinne auf diese Vorstellung anstreben.

"Kochanowska".

Das Hospital für Geisteskrank "Kochanowska" entstand als gesellschaftliche Selbsthilfe in der Zeit der Freiheit und Bedeutung, als die Zarenregierung alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens unterdrücken und töten, selbst die kleinste Bewegung nicht nur der politischen und kulturellen sondern sogar der philanthropischen nicht dulden wollte.

Zug hat gegen 500 000 Einwohner, und da wie die Statistik beweist, auf 1000 Einwohner 2 Geisteskrankheiten kommen, so muss man annehmen, daß wir in unserer Stadt 1000 Geisteskrankheiten haben, von denen wenigstens die Hälfte Heilung erfordert, da sie die öffentliche Sicherheit gefährdet. Für diese Kranken bezahlt Zug bis zum Jahre 1902 in den heissen Sommermonaten kein einziger Bett. Gest im September 1902 hat der Zusatz Wohlthätigkeitsverein das Hospital "Kochanowska" geschaffen, in welchem im ersten Jahre des Bestehens 189 Kranken untergebracht waren, im Jahre 1920 aber bereits über 700. Die Gesamtzahl der in "Kochanowska" Aufnahme befindenden beträgt im Laufe dieser Zeit 8170, wovon über 1000 Geisteskrankheiten entweder die Gesundheit wiedererlangt haben oder die Befreiung aufgedeckt wurde.

Aus diesen Ziffern allein schon ist erschlich, welch großen Nutzen "Kochanowska" der Gesellschaft bringt. Wir sind daher der Meinung, daß wir berechtigt sind, von der Gesellschaft in dem Moment Hilfe zu verlangen, wo "Kochanowska" sich in einer schweren materiellen Notlage befindet.

Es muß bemerket werden, daß als Wohlthätigkeitsinstitution "Kochanowska" durch Spenden entstanden ist. Die in mancher Hinsicht ungeregelten Einrichtungen der Institution sind Werke gütiger Menschen, die kein Mittel geschenkt haben und offenwillig den Aufrufen des Wohlthätigkeitsvereins bzw. des Komitees des Hospitals Gehör geschenkt haben.

Seit Kriegsbeginn hat sich "Kochanowska" kein einziges Mal an die materiell schwer gesetzte Gesellschaft gewandt. Gegenwärtig jedoch, wie das Defizit des Hospitals so groß ist, daß es mit der Schließung der Institution droht, was jedoch nicht wieder auslassende Schäden für die Stadt

heimleide an Dich ergehen lässt. Für die Art, wie Du ihm gegenüberstehen kannst, bedarfst Du meines Rates nicht. Als seine Tochter kennst Du die Rauheiten seines Wesens wie das edle, grundtätige Herz, das sich hinter ihnen verbirgt. Ich erwarte Dich mit Ungeduld, denn auch ich sehne mich in der langen Zeit Deines Fernseins oft und innig nach Dir. Wie einer kleinen Veränderung wünsche ich Dich freilich abfinden zu lassen. Dein häbliches weisses Mädelstübchen wurde auf Achims Bettlager seiner Frau als Wohnzimmer eingerichtet, und Du begreifst, daß es peinlich sein würde, ihr einen anderen Raum anzulegen. Aber ich hoffe, Du wirst mit meinem Zimmer zufrieden sein, daß ich Dir so leichter überlassen kann, als ich ohnedies schon seit Wochen die Nächte neben dem Schlafzimmer des Bettels zugebracht habe, um im Fall gleich bei ihm zu sein. Was die junge Frau falkart anzeigt, so wie sie ist, kann sie nicht freudig und gütig. Das zwischen einer unbedeutenden Kleinstadtmeisterin meines Schlosses und einer lebhaften Weltstadt dabei immer ein gewisser Abstand bleiben muss, ist zu selbstverständlich, als daß darüber zu sprechen wäre. Von Dir aber, die Du die Welt ja nun ebenfalls kennen leitest, kennst Du kein solches Abstand; ganz abgesehen von den engeren verwandtschaftlichen Beziehungen, die Dich mit ihr verbinden. So zweiste ich nicht, daß ich bald weitere Freundschaften mein werde, wie ich mich, daß Frau Sie endlich die eindrucksvolle Erfahrung findet, die sie bisher vermied haben mag.

Fritz schreibt an Ihre Pflegeschwestern:

Liebste Gerda!

Bergib, daß ich Deinen Brief erst heute beantwortete. Es liegen schlimme Tage hinter mir, Tage, an denen das Gefunden des Daseins es mir unmöglich machte, Deinem mit ihm zu sprechen. Aber die drohende Gefahr ist, Gott sei Dank, vorüber, und ein Schimmer neuer Hoffnung macht mich sehr heil. Es leuchtet auf in dem Augenblick, wo Doktor Oswald Germersing, ein junger Eisenbahnarzt, als Vertreter unserer erkrankten Sanitätsrats auf Lindenhöhe erscheint. Er stand augenscheinlich von Anfang an unter dem Einfluß, daß die bisherige Behandlung unseres Kranken nicht die richtige gewesen sei. Auf sein dringendes Verlangen rührte Achim Professor Germersing herüber, und das Ergebnis der gestrigen gemeinsamen Untersuchung war, daß alle Aussichten auf Heilung vorhanden sind. Wie groß der Jubel und die Dankbarkeit meines Herzens sind, brauche ich Dir nicht zu sagen; ich segne die Fügung, die Doktor Germersing noch zu reicher Zeit in unserer Heimat angetroffen hat, und ich bin gewiß, auch Du wirst ihm gegenüberstehen, daß er verdient. Das Du dazu bald Gelegenheit haben wirst, ist die zweite große Freudenbotschaft meines heutigen Briefes. Auf sein ausdrückliches Verlangen habe ich Deinen Vater lesen lassen, was Du mir geschrieben hast, und jetzt ist es so, daß den Ruf zur

Die Fallner auf Lindenhöhe.

Roman von Reinhold Ortman.

(Nachdruck verboten). (20. Fortsetzung.)

Der Herr Kollege war über das Ergebnis unserer Untersuchung nicht weniger erfreut als wir, erwiderte der Professor in seinem ersten, zurückhaltenden Art. "Er schloß sich auf Grund des Verlustes unserer Aussicht durchaus an. Wenn er den Wunsch äußerte, daß der Herr Kollege Doktor Germersing statt seiner die weitere Behandlung übernehmen möge, so geschah es einzigt in Anbetracht seiner eigenen schlechten Gesundheit."

"Ich verstehe. Sie werden damit bei dem anderen Sanitätsrat keinen Stein ins Brett bekommen haben, junger Freund! Mit der Erkenntnis aus, daß ihren menschlich ist, beginnt man nie gern bei sich selber."

"So kommt ja auch vor allem darauf an, Herr Gallner, ob Sie das nötige Vertrauen zu mir haben."

"Warum sollte ich das nicht? Ich bin bei der ganzen Geschichte doch nur das Objekt, das keine eigene Meinung haben darf."

"Ich glaube, daß Sie dem Kollegen Germersing zu großem Dank verpflichtet sind," sagte der Professor mit Nachdruck. "Es ist keine Überzeugung, wenn ich als meine beste Überzeugung ausspreche, daß er Ihnen das Leben rettete."

"Was soll ihm nicht vergessen sein. Aber ist es denn schon getötet? Nehmen Sie mir's nicht

und die Umgebung verunsicherter würde, wendete H. das Komitee zusammen mit den hierzu berufenen Personen an die breiteren Schichten der Bevölkerung mit der Bitte um Hilfe, im Glauben daran, daß die Gesellschaft, die „Wohnumst“ zu den Zielen der zentralen Gouvernements geschaffen hat, die Lebe im freien unabhängigen Polen nicht wird untergehen lassen.

Zu diesem Zweck wird ein „Katharinenball“ veranstaltet, der mit Sammlungen in öffentlichen Lokalen gegen Abschüsse verbunden sein wird. Am 27. d. M. aber findet im Konzertsaal ein Konzertkonzert statt.

Die Endesunterzeichner zweifeln nicht daran, daß die Einwohner von Lodz durch reiche Gaben den ungünstigsten Kranken ihr würdiges Schicksal erleichtern werden und damit die weitere Erstellung der Institution sichern, die stets das Baumer der Humanität und Wissenschaft hochgehalten hat.

Wojciech A. Kamienski,
Geistl. Prälat W. Lymanski,
Pastor M. Grublach,
Mars Kernbaum,
Dr. T. Biale,
W. Horodynski,
W. Danke,
Dr. A. Mikulecki.

* Arbeit für die Demobilisierten. Das Präsidialdepartement der Lodzer Wojewodschaft teilt mit, daß der Ministerrat einen Beschluss angenommen hat, wonach bei Einstellung von Arbeitern und Fachleuten den Demobilisierten unbedingt den Vorzug einzuräumen ist. Die staatlichen Arbeits-Beratungsbüros sind über den Verlauf an Arbeitsen zu benachrichtigen.

* Vom Komitee zur Unterstützung des Staatshauses. In der Stadt sind eine Sitzung statt, die vom Bevollmächtigten des Komitees W. Geissel eingerufen war, unter Beteiligung der Vertreter der Landbevölkerung, einfallsreicher Personen, des Kreisamtes, der Börsen und Gemeindebehörde etc. Nach Berufung eines Ausruhes über die Notwendigkeit der Begründung von Kreiskomitees schritten die Anwesenden zur Wahl des Präsidenten des Komitees sowie des Vorsitzenden. Zum Vorsitzenden des Kreiskomitees wurde Stanisław St. Dąbrowski gewählt. Zum Vizevorsitzenden Geistl. Prälat W. Językowski, in den Volkslandkreis die Herren Adamowski und Sobczyk. Vizevorsitzender ist im Sinne des Auftrags von amtlicher Seite Herr Dziedzic. Zwicki. Konstituierung des Komitees wurde beschlossen, sich an die Kreisinstitutionen und einfallsreiche Personen des Kreises zu wenden. Die Verhandlungen erachten es als notwendig, daß es zur Führung der Aktivität erforderlich sei, über die Sammlungen öffentlich zu berichten sowie eine Agitationssammlung der Löse und Gemeindebehörde einzuberufen.

* Der Rat der landwirtschaftlichen Verbände hielt im Lokale an der Rummelsburger Str. 50 eine Sitzung ab, in welcher über die wirtschaftlichen Fragen beraten wurde, die die Aktivität der Organisierung der landwirtschaftlichen Verbände betrafen. Da nur 8 Vertreter des Kleingrundbesitzes anwesend waren, wurde beschlossen, die Wahlen bis zum 1. März zu verschieben.

* Soziale Kurie. Die Schulabteilung des Lodzer Magistrats hat beschlossen, seine Konsultationen mehr nach Warschau zu den sozialen Kurien zu schicken, sondern die Kurie in Lodz zu veranstalten und die Lehrküste von Warschau nach Lodz kommen zu lassen. Die Kurie werden einen ganzen Monat hindurch dauern.

* Das Lodzer Schulwesen als Muster für Kleinpolen. Der Schulinspektor aus Wadowice Dr. Jan Sipkiewicz wandte sich an die Lodzer Schulbehörde mit der Bitte um Einsendung des Materials nach welchem das Schulwesen erzählt wurde. Das Schulinspektor wird diesen Brief nachkommen, nur das Lehrprogramm der höheren Schulen einfordern.

* Prüfungen für Volksschullehrer. Die Prüfungen für Volksschullehrer beginnen am 5. April. Die Lehrer der Lodzer Wojewodschaft haben ihre Eingaben bis 1. März dem Schulinspektor an der Piastowicz 5 zu unterbreiten.

* Die Volksschullehre des Lodzer Kreises haben der Kreiswirtschaftsabteilung ökonomische Forderungen unterbreitet. Auf der letzten Sitzung dieser Abteilung wurde in dieser Angelegenheit beraten und beschlossen, den Lehern zu schließen in Zukunft zu gewähren.

* Zeitungsverbot in Posen. Das „Posener Tageblatt“ und die „Posener Maile“ sind wegen eines der Pariser Siege Prudential bestreiteten Artikels erneut, und zwar auf die Dauer dieses Monats, von der Staatspolizei verboten worden. Beide Zeitungen sind in den letzten beiden Jahren in ganzem Maße verboten worden. Von heute an erscheint im gleichen Verlage der im Kriege eingegangene „Posener Generalanzeiger“ wieder.

* Eisenbahnverkehr Warschau-Turmont. Am 20. d. M. wurde ein Eisenbahnverkehr mit Schlosswagen von Warschau über Siedlce, Grodzisk, Lida, Wilno bis Turmont eingerichtet. Die Bage verkehren jeden dritten Tag.

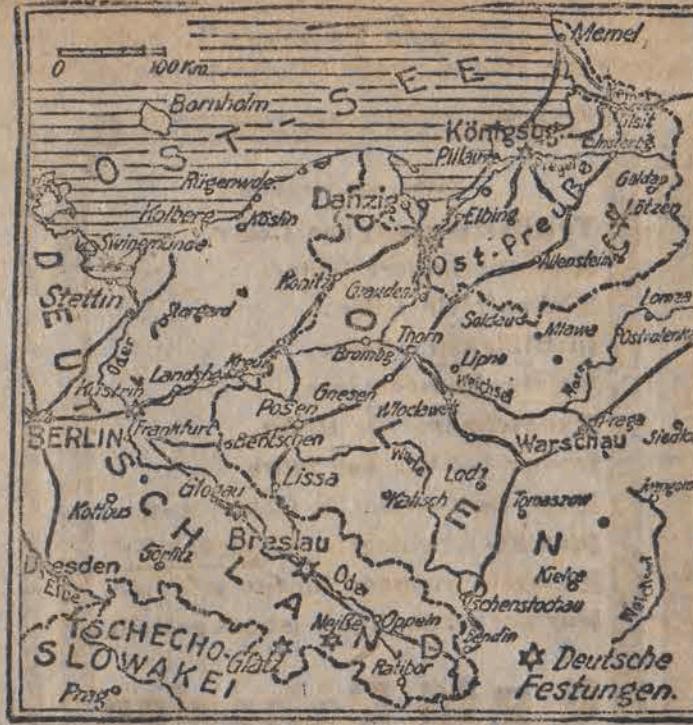
* Abschlagsiger Bescheid. Der Börsenzirkus wandte sich an die Verwaltung der elektrischen Fernbahnen mit der Bitte, für die in Lodz beschäftigten Arbeiter einen besonderen Fahrkarteneinzug zu schaffen. Dieses Gesuch wurde von der Verwaltung genannter Bahnen abschlagsig bezeichnet.

* Für Wagenleitung. Angeklagt der beobachtenden Chausseearbeiten hat der Kreisgenossen der Wirtschaftsabteilung die Bitte unterbreitet, die Entschädigung für Stellung der Wagen zu erhöhen, um die Materialien heranzuschaffen. Die Entschädigung wurde für einen Einspanner auf 400 M. und einen Zweispänner auf 600 M. für den Tag festgesetzt.

* Konstitution. Die Untersuchungsbehörde nahm beim Verwalter der Gewerkschaftlichen Ausstattung Karolius, Palms Nikolai eine Revision vor und entdeckte eine summe Summe sowie große Kontakte zu Bandenkriegen, die konstatiert wurden.

* Weitung. Ein gewisser Adolf Kautner batte dem an der Rummelsburger Straße 4 wohnhaften Pastore einen Brancourt-Bader zu liefern und

Die deutschen Festungen im Osten.



Die deutschen Festungen im Osten.

Im Friedensvertrag war Deutschland die Schließung der Festungen im Westen auferlegt worden, dagegen wurde Deutschland im Bezug seines östlichen und südlichen Festungssystems gelassen. Die Kontrollkommission hat nun entschieden, daß

von den 14 deutschen Festungen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bleiben sollten, nur fünf, nämlich Königsberg, Swinemünde, Pillau, Lötzen und Küstrin bestehen bleiben können.

Anwalt in Sachen der sog. U-Boote der 45 Meilenlinie dienten zu verhindern.

Das französisch-polnische Abkommen wurde den Vertretern Englands, Italiens, Portugals, der Vereinigten Staaten und Japans mitgeteilt.

Zwischen dem 25. April und dem 1. Mai wird die Migrationskommission die Gesamtumfrage der Kriegsflüchtlinge feststellen.

In Sachen der Belagerung von 1 Million Kub. Holzbrocken Deutschland kam es zu keiner Einigung, da der Preis der Migrationskommission niedriger ist als der deutsche Mietpreis.

Frankland hat Estland die Jure anerkannt. In May sind die Preise auf Zucker, Mehl und Mehl gekommen.

Nur Buenos Aires wird gemeldet, daß Argentinien die Forderungen der Entente über die Annahme von Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Einfuhr deutscher Kräftelegematerials nach Argentinien, abgelehnt hat.

Mit einer vom englischen Arbeitsministerium veröffentlichten Statistik sind die Unterhaltskosten in Asylen wieder bedeutend gefallen. Bis zum 1. Februar waren die Durchschnittspreise für Lebensmittel, Kleidungsstoffe, Bier usw. nur um 150% höher, als im Juli 1914.

Warschauer Börse.

Notizen vom 22. Februar (Par.)

gezahlt

6%	Ant. d. St. Warschau 1915/18
6%	Ant. d. St. Warschau 1917 für Mk. 100 103,5/-105
4½	Pflaster d. Bodenkreis-dos. 245-276
4½	Mk. 100 97,25-97,50
5%	Ant. d. St. Warschau 355-380
4½	305
5½	Pflaster d. Stadt Lodz 253

Bargold:

	Verkauf	Kauf
Ver.-St.-Dollars	830	800
Franz. Franks	60	55
Schweizerische Franks	-	-
Pfund Sterling	-	-
Zarbarbot à 500	-	-
Dame Rubel à 1000	78	-
Deutsche Mark	14	13,50
Tschecho-Slowakische Kronen	-	-

Aktion:

Hanoldbank in Warsch. VIII Em. 1675 1725 X 1680-1650
Diskontbank in Warsch. 1575
Lodz. Hanoldbank 1575
Kleinpoln. Bank in Krakau 8300-8150-8200
Ostrowiecc. Gesellschaft 3630-3440-3450
Borkowski 2725-2700
Firley 2625-2600
Jankowskij 2740-2900-2790
Lipow 2320-1920-1970
Ridzki 8350-870
Ges. der Zuckerfabrik 10200-10300-11500
Staracowic für 500 Mk. 2775-1900 IV 1900
Zawierot 27300-27000
Jarydow 2775-1900 IV 1900
Schiffahrts-Ges. 2675-2650
Kreditbank in Warsch. I-III Em. 2675-2650
Westbank I-IV 1450-1325

Verlangen Sie überall

bei den Zeitungsverkäufern, in den Konditoreien, Restaurants, auf den Eisenbahnhäusern und wo sie sonst sind, entweder die „Neue Lodzer Zeitung“, Ihr Blatt, und weisen Sie jedes anderes zurück.

Dadurch helfen Sie, Ihr Blatt zu verbreiten und zu verstetigen.

Nur die „Neue Lodzer Zeitung“ vertreten sachlich und unparteiisch die Interessen der hiesigen Deutschen.

In kurzen Worten.

Nach London in der Oberstaatsanwalt Deutschlands sowie der Delegierte des Außenministeriums abgereist, um sich mit dem englischen Oberstaats-

Fr. Wanda Drewnicz

Die Bestattung der tschechischen Botschafterin Adel des Vereins

Die Verwaltung des Vereins

der Restaurateure.

Mitglieder werden erlaubt, recht zahlreich an der Verkettung

Ein Raum für Färber

wird gezeigt. Off. sub. A. W. in der Dom. der Neuen Lodzer Zeit.

Eine Ballon

tafel. Für im guten Zustande zu laufen gefüllt. Off. unter „Für“ in die Exp. des Al. erbettet.

1 Portefeuille

enthalten verschiedene Dokumente ist gerichtet worden und kann in der Administration der Neuen Lodzer Zeitung gegen Erstattung des Nutzens abgegeben werden.

TORF

Während dieser Zeit ist ver. an Pavianer-Chan. Nr. 1 b. Dom. zw.

Möbel

Bettdecken mit Matratzen, Schrank, Stühle, Tische, Teppich und moderne weiße Möbel zu verkaufen. Sie werden ab 1000 Mk. 8.

möbel

mit Bettdecken mit Matratzen, Schrank, Stühle, Tische, Teppich und moderne weiße Möbel zu verkaufen. Sie werden ab 1000 Mk. 8.

Mädchen

für alles bei gutem Wohnen nicht Alles zu erhalten in der Exp. des Al.

Größeres Speditionsunternehmen sucht im Zentrum der Stadt

Podkal

bestehend aus 3-5 Zimmern und Lagerräumen. Offer unter „Al. M.“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

762

Kunstnachrichten.

* Zwei Tanzabende von Maryla Greco. Heute und morgen um 8 Uhr finden im Konzerthaus zwei Tanzabende der kleinen phänomenalen Künstlerin Maryla Greco statt. Wer bereits die Gelegenheit gehabt, diese kleine Künstlerin vorzusehen, wird sie bestimmt, ihre Geselligkeit haben einen Enthusiasmus bei unserem Publikum hervorgerufen. Maryla Greco hat diesmal die kost. die Peleckenischen Klavierspieler gesucht und jeder Abend wird etwas bringen. Die Klavierbegleitung hat Frau Bromberger angenommen. Karten sind im Konzerthaus zu haben.

Aus der Provinz.

Krakau. Praktisch verhandelt. Wie in anderen Städten so lange auf hier ein Vertrag am Sonntag, den 20. o. M. eine Protestveranstaltung gegen die Sejmabschaffung. In Sagga des Paragraphen des Verfassungsgesetzes,

